

Das Armutsrisiko steigt

Jeder sechste Bundesbürger gilt als gefährdet – Wohlfahrtsverbände sehen eine Armutsspirale

Berlin/Wiesbaden. (dpa) Das Armutsrisiko in Deutschland steigt immer weiter. Rund 12,8 Millionen Menschen – das sind 15,8 Prozent der Einwohner – waren nach jüngsten Zahlen armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder. In dieser Gruppe war mehr als jeder Dritte armutsgefährdet (37,1 Prozent), teilte das Statistische Bundesamt am Mittwoch mit. Die Nationale Armutskonferenz beklagte eine Armutsspirale. „Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer und die Politik schaut weitgehend tatenlos zu“, kritisierte ihr Sprecher Thomas Beyer.

Als armutsgefährdet galt nach Angaben der Statistiker, die Zahlen aus dem Jahr 2010 präsentierten, wer nach Beanspruchung staatlicher Leistungen weniger als 11 426 Euro im Jahr oder 952 Euro im Monat zum Leben hatte. Die Daten werden seit 2005 erhoben. Damals lag die

Quote der Armutsgefährdeten noch bei 12,2 Prozent. Seitdem stieg sie kontinuierlich. 2009 erreichte sie 15,6 Prozent. Frauen (16,8 Prozent) sind dabei häufiger von Armut betroffen als Männer (14,9 Prozent). Die Armutsquote von Minderjährigen lag 2010 mit 15,6 Prozent leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Bei den älteren Menschen ab 65 Jahren lag der Wert mit 14,2 Prozent noch niedriger.

Arbeitslose in Deutschland sind nach aktuellen Zahlen der EU-Statistikbehörde Eurostat zu zwei Dritteln – 67,8 Prozent (2011) – von Armut bedroht. Sie stehen damit schlechter da als Erwerbslose im Rest der Europäischen Union.

„Die Bundesregierung muss sich fragen lassen, wie es möglich ist, dass in wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten immer mehr Bürger arm werden“, kritisierte der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Wolfgang Stadler.

Ein „Schattenbericht“ der Nationalen Armutskonferenz verweist darauf, dass in Deutschland inzwischen fast jeder Vierte im Niedriglohnsektor arbeitet und 7,6 Millionen Menschen (9,3 Prozent der Bevölkerung) staatliche Leistungen zur Sicherung ihres Existenzminimums beziehen. Die Armutskonferenz – ein Zusammenschluss von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie Gewerkschaften – verlangt deshalb unter anderem gesetzliche Mindestlöhne, höhere Regelsätze und Förderprogramme gegen Wohnungsnot.

„Dass in der reichen Bundesrepublik Deutschland so viele Menschen von Armut bedroht sind, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Armuts-Zeugnis für unser Land und unsere Regierung“, erklärte die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Schweriner Sozialministerin Manuela Schwesig.